

## Niederschrift

### zur 28. Sitzung des Ausschusses für Haushaltsüberwachung und Bürgerhaushalt der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Mittwoch, den 29.11.2017	18.30- 21.20 Uhr	Beratungszimmer des Alten Rathauses

#### Anwesenheit

##### Vorsitz

Sebastian Rausch ab 19.00 Uhr

##### Fraktion DIE LINKE.

Rene Benz Stellv. für Gerold Sachse, Jürgen Grasnick

##### CDU/FDP-Fraktion

Jens Hoffrichter, Uwe Koch , Reinhard Ksink

##### Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Thomas Fischer , Matthias Rudolph

##### SPD-Fraktion

Jürgen Luban

##### Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz

##### Sachkundige EinwohnerInnen

Thomas Apitz , Jürgen Hajduk , Myriam Kalipke

##### Verwaltung

Dr. Eckhard Fehse, Melanie Brückner , Jens Mörsel , Barbara Scharf, Frau Stein zeitweise

##### Gäste

MOZ, Frau Diehr

Herr Alter

##### Abwesend

##### Fraktion DIE LINKE.

Gerold Sachse entschuldigt

##### Alternative für Deutschland (AfD)

Ulrich Anke entschuldigt

##### Sachkundige EinwohnerInnen

Heinz Almes

#### TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Da der Vorsitzende, Herr Rausch, noch nicht anwesend ist, eröffnet der stellv. Vorsitzende, Herr Rudolph, die 28. Sitzung des Ausschusses für Haushaltsüberwachung und Bürgerhaushalt und heißt die Anwesenden recht herzlich willkommen.

## **TOP 2      Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit**

Die Einladung ist form- und fristgerecht zugegangen. Zur heutigen Sitzung sind 9 Abgeordnete, 3 sachkundige Einwohner, sowie 4 Vertreter der Verwaltung anwesend.

## **TOP 3      Feststellung der Tagesordnung**

Frau Scharf teilt mit, dass sie zur Thematik „Fortsetzung der Prüfung der Mittelverwendung der Kufa“ derzeit noch keine weitergehenden Informationen geben kann. Einen kurzen Sachstandsbericht wird sie unter TOP 7.6 geben.

Die BFZ-Fraktion beantragt für den nichtöffentlichen Sitzungsteil die Aufnahme eines Tagesordnungspunktes 7.3.1 zum Schlussbericht der Rechnungsprüfung über die Prüfung des Jahresabschlusses 2016.

Dem stimmen die Mitglieder des Ausschusses zu.

Abg. Rudolph merkt zur Tagesordnung an, dass die Drucksachen 6/580 und 6/582, trotz erfolgter Absprache in der Sitzung vom 11.10.17 erneut nicht auf der Tagesordnung stehen und schlägt vor, den Sachverhalt unter Anfragen von Ausschussmitgliedern zu behandeln.

Des Weiteren bat Herr Rudolph in der 27. Sitzung um zur Verfügung Stellung der Schreiben der Kommunalaufsicht vom 06.07.17 und das Antwortwortschreiben der Verwaltung vom 20.07.17 in einem gesonderten TOP im HÜA zu behandeln. Auch dieser Sachverhalt befindet sich nicht auf der heutigen Tagesordnung.

Er stellt den Antrag, diesen TOP in die heutige Sitzung mit aufzunehmen.

**Zustimmung Ja 3 Nein 6 Enthaltung 0 Befangen 0**

Damit ist der Antrag abgelehnt.

**Zustimmung Ja 7 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0**

## **TOP 4      Bestätigung der Niederschriften vom 6.9.17 und 11.10.17**

Zur Niederschrift vom 06.09.17 merkt Herr Rudolph an, dass auf der Seite 8 erklärt wird, dass den Stadtverordneten die Schreiben der Kommunalaufsicht zu den jeweiligen Haushaltsplänen zur Verfügung gestellt werden. Dies entspricht nicht den Tatsachen, da diese bisher immer noch nicht vorgelegt werden konnten.

Dr. Fehse merkt an, dass dies die Haushalte 2015 und 2016 betrifft. Die Niederschrift wird in dem TOP entsprechend korrigiert.

Der stell. Vorsitzende lässt über die Niederschrift vom 06.09.17 abstimmen.

**Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0**

Abstimmung über die Niederschrift vom 11.10.2017.

**Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0**

## **TOP 5      Informationen des Vorsitzenden**

Es liegen keine Informationen seitens des stell. Vorsitzenden vor.

## **TOP 6 Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Einwohneranfragen gestellt.

## **TOP 7 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung**

### **TOP 7.1 Auswertung Bürgerbudget 2018, BE: Herr Mörsel**

Anhand der PowerPoint (siehe Anlage) wertet Herr Mörsel das Bürgerbudget 2018 aus. Die Flyerverteilung über den Märkischen Sonntag brachte erneut guten Rücklauf. Des Weiteren wurde in diesem Jahr die Öffentlichkeitsarbeit auf verschiedenen Veranstaltungen der Stadt intensiviert. Die neue Einreichfrist (30.06.) wurde voll ausgereizt. Das Gros der Vorschläge ging in den letzten zwei Wochen ein. Erfreulich war, dass in diesem Jahr prozentual mehr Vorschläge zugelassen wurden. Daraus könnte man schlussfolgern, dass die Vorschläge qualifizierter geworden sind. Der Tag der Entscheidung lief auch in diesem Jahr reibungslos. Trotz großen Andrangs gab es in diesem Jahr 40 Abstimmer weniger. Sollte die Zahl der Abstimmer auf über 1300 steigen, so muss eine andere Räumlichkeit gefunden werden. Die bisherigen Kosten belaufen sich auf 2.321,50€. Weitere Ausgaben für Hinweisschilder und Give Aways von ca. 3.000 sind noch für 2017 vorgesehen.

Diskussion zu 7.1

Herr Koch bittet darum, auch die Personalkosten in die Übersicht mit aufzunehmen. Die Verwaltung reicht diese Zahl nach.

Zum Thema Give Aways gibt es Fragen bezüglich Art und Branding. Als Beispiele werden von Herrn Mörsel Seifenblasen und Reflektoren genannt. Herr Fischer bittet darum, die Artikel mit Bürgerbudgetlogos zu bedrucken.

Nachfolgend gibt es eine Diskussion über das grundsätzliche Verfahren, wie mit externen Vorschlägen zu Satzungsänderungen umgegangen wird.

Der Ausschuss sollte festlegen, wie mit Vorschlägen zur Satzungsänderung umgegangen wird, so Herr Hoffrichter.

Herr Fischer schlägt vor, dass in die Satzung aufgenommen werden sollte, ab wann Vorschläge aufgenommen werden. Somit schafft man einen Zeitraum, in dem man die Satzung ändern kann.

Herr Koch kann diesem Vorschlag zustimmen, jedoch ohne festen Termin. Eine Selbstbindung des Ausschusses hält er für ausreichend. Eine Überregulierung mit festen Terminen hält auch Herr Rausch für nicht notwendig.

Inwieweit eine Satzungsänderung wirklich notwendig ist, ist zu klären, so Rausch. Über viele der Punkte wurde bereits in der Vergangenheit diskutiert. Herr Ksink sieht in den Änderungsvorschlägen eher eine Verkomplizierung des Verfahrens.

### **7.2 Stand Abrechnung Bürgerbudget 2017**

Anhand der PowerPoint erläutert Herr Mörsel den Stand der Projekte aus dem Jahr 2017

In der nachfolgenden Diskussion wird über die Verjährung der Vorschläge sowie über die Fristen der Umsetzung gesprochen.

Herr Rausch hinterfragt die Gründe, warum Vorhaben sich stark verzögern bzw. gar nicht begonnen wurden. Die Satzung sieht vor, dass Mittel die nicht verbraucht werden in das nächste Jahr zurückfließen. Bei dem Projekt „Grünes Klassenzimmer“ fehlt der kreative Input, beim Heimattiergarten geht es um die Beachtung von Brutzeiten, so Herr Mörsel.

Herr Thomas Apitz bittet zu beachten, dass den Einreichern eine Nachfrist eingeräumt werden sollte bevor die Mittel zurückzugeben sind. Beim Projekt „Grünes Klassenzimmer“ gab es bereits mehrere Aufforderungen, so Dr. Fehse.

Herr Rudolph gibt zu bedenken, dass es laut Satzung eine Frist zu Umsetzung gibt. Diese ist für das Bürgerbudget 2017 laut Herrn Mörsel allerdings erst der 30.06.2018.

Herr Grasnick fragt zum Projekt „Kirchturm Trebus“, inwieweit die Preissteigerungen im Baugewerbe berücksichtigt werden. Im speziellen Fall handelt es sich lediglich um einen Zuschuss, so Rausch.

Die Frist zu Umsetzung ist mit einer Soll-Formulierung verfasst, so Rausch. Die Auslegung bleibt dahingehend offen, ob Fertigstellung oder Beginn gemeint ist.

Herr Peter Apitz ist der Meinung, dass die Gewinner eine gewisse Verpflichtung übernehmen müssen. Sollte der Vorschlag nicht umgesetzt werden, muss das Geld zurück fließen.

Folgend werden die vorliegenden Anregungen zur Änderung diskutiert.

Herr Thomas Apitz regt an, einen Sonderausschuss unter Einbeziehung der Bürger mit dem Thema Satzungsänderung einzuberufen. Herr Koch hält eine Diskussionsrunde mit Bürgern für nicht ziel führend. Frau Kalipke unterstützt die Idee von Herrn Thomas Apitz.

Herr Rausch ist der Meinung, dass der Großteil der Vorschläge bereits diskutiert wurde. Herr Ksink ist gleicher Meinung. Zum Punkt 4 (genauerer Fragebogen) führt Herr Mörsel aus, dass hier seiner Meinung nach kein Änderungsbedarf besteht.

Herr Fischer wünscht sich eine bessere Aufbereitung der Vorschläge. Dazu führt Herr Dr. Fehse aus, dass der Aufwand so gering wie möglich gehalten werden sollten.

Herr Peter Apitz fasst zusammen, dass es aus seiner Sicht zum jetzigen Zeitpunkt keine Satzungsänderung notwendig ist.

Der Ausschuss sieht keinen Änderungsbedarf. Sollte Herr Vettermann Fragen zum bisherigen gesamten Bürgerbudgetverfahren haben, bietet Herr Rausch ein persönliches Gespräch an.

Herr Rudolph fragt, welche Projekte aus vergangenen Jahren noch offen sind. Es handelt sich um die „Mehrzweckhütten der SG Borussia“. Grund dafür ist die fehlende Baugenehmigung, so Herr Mörsel.

Des Weiteren bittet Herr Rudolph für das nächste Jahr die Vorschlagenden explizit zum Ausschuss einzuladen um, wenn notwendig, ihren Vorschlag zu präzisieren und zu verteidigen. Zudem bittet er im Auge zu behalten, inwieweit Werbung am Tag der Entscheidung direkt vor dem Abstimmungslokal gemacht wird.

Herr Koch ist gegen eine offene Diskussion im Ausschuss. Herr Rudolph wirbt nochmals für eine direkte Einladung der Vorschlagenden, um auf entsprechende Fragen zum Vorschlag antworten zu können.

Herr Rausch bittet die ebenfalls darum die Vorschlagenden einzuladen. Die Einladung soll im Namen des Vorsitzenden erfolgen und beinhalten, dass die Vorschlagenden herzlich eingeladen sind um für eventuelle Rückfragen zu ihrem Vorschlag zur Verfügung zu stehen.

Der Kämmerer führt einleitend aus, dass der Jahresabschluss 2016 gemäß § 82 Abs. 3 der Kommunalverfassung aufgestellt wurde. Der JA liegt in der Gesamtrechnung und in den Teilproduktrechnungen, nebst Rechenschaftsbericht vor. In der Ergebnisrechnung weist der JA ein Jahresergebnis in Höhe -790.190,67 € aus. Dieses setzt sich zusammen aus dem Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit von +8.767.000,00 € und dem Finanzergebnis in Höhe von minus 10.263.000,00 €. Hier schlagen sich der abgeschlossene Vergleich im Jahr 2016 über die Klage zu den vier Swaps und die Auflösung aller von der Stadt Fürstenwalde/Spree eingegangenen Swapverträge zum 1.10.2016 nieder.

Herr Thomas Aplitz hinterfragt, wenn der JA 2015 nicht nachträglich geändert worden wäre, wie dann das Gesamtjahresergebnis 2016 ausgesehen hätte.

Dr. Fehse reicht die Beantwortung der Frage nach.

Abg. Rudolph bittet die Verwaltung darum, den JA 2016 in Papierform zur Verfügung zu stellen.

Der BFZ-Fraktion stößt die Darstellung der Swapgeschäfte, insbesondere im Rechenschaftsbericht (Seite 291) auf.

Frau Scharf wird das Wort erteilt. Sie geht auf den Prüfauftrag ein. Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, den JA gemäß § 104 BbgKVerf zu prüfen, „ob der Haushaltsplan eingehalten ist, die Ergebnis-, Finanz- und Teilrechnungen sowie die Bilanz ein zutreffendes Bild über die tatsächlichen Verhältnisse der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung vermitteln, die gesetzlichen und satzungsmäßigen Vorschriften bei der Verwendung von Erträgen, Einzahlungen, Aufwendungen und Auszahlungen sowie bei der Verwaltung und des Nachweises des Inventars eingehalten worden sind und der Rechenschaftsbericht in Einklang mit dem JA steht und eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gemeinde abbildet“. Es lagen ordnungsgemäß alle Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vor (auch was die Swap-Geschäfte betrifft). Es konnten keine Verstöße gegen geltendes Recht festgestellt werden. Die Ertrags- und Finanzlage 2016 könnte um rund 8 Millionen EURO besser sein, wenn die zwei CHF Swaps (Zinswetten) im Jahr 2007 nicht abgeschlossen worden wären. Die Ursache hierfür wurde mit Vertragsabschluss der Swapgeschäfte im HHJ 2007 verursacht. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC hat in ihrem Prüfbericht 2007 schon auf die geschlossenen Risikogeschäfte hingewiesen. Unter Bezugnahme eines Urteils des Verwaltungsgerichtes Frankfurt/Oder vom 21.4.2009 weist sie auf folgendes hin (Orientierungssatz Punkt 4/Rn.16):

Durch die Entlastung wird die Jahresrechnung in der vorgelegten Form anerkannt und die Vertretungskörperschaft übernimmt die Verantwortung für deren Inhalt. Die Haushaltsführung wird nachträglich gebilligt. Mit dieser Billigung werden der Bürgermeister bzw. die mit der Haushaltswirtschaft befassten Bediensteten von haftungs-, straf- und disziplinarrechtlichen Folgen freigestellt. Dies gilt nicht, wenn Verstöße nachträglich bekannt werden. In diesem Fall kann die Vertretungskörperschaft ihren Entlastungsbeschluss ändern bzw. aufheben und Ersatzansprüche geltend machen (Muth, Kommunalrecht in Brandenburg, Potsdamer Kommentar, GO-Kommentar zu § 93, Anm. 3). Verjährungsfristen hierzu sind sicherlich zu beachten.

Im Anschluss an die Ausführungen von Frau Scharf lässt der Vorsitzende über die Beratungsdrucksache abstimmen.

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree beschließt den geprüften Jahresabschluss 2016 gemäß Anlage.

**Zustimmung Ja 7 Nein 1 Enthaltung 2 Befangen 0**

2. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree entlastet den Bürgermeister für das Haushaltsjahr 2016.

**Zustimmung Ja 7 Nein 2 Enthaltung 1 Befangen 0**

### **TOP 7.3.1 Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über den Schlussbericht der Rechnungsprüfung über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2016 6/DS/618**

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree nimmt den Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2016 zur Kenntnis.

#### **Kenntnisnahme**

### **TOP 7.4 Stand Haushaltsplanung 2018**

Hierzu berichtet Dr. Fehse, dass der Haushalt 2018 in gedruckter Form am 14.12.17 in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht wird.

Da der TOP - Stand der Haushaltsplanung 2018 lautet, möchte Herr Rudolph schon von der Verwaltung wissen, was sagt die aktuelle Haushaltsplanung aus, gibt es Überschüsse, wie sieht das Finanzergebnis aus etc.

Dr. Fehse merkt an, dass der Kämmerer den Haushaltsplan aufstellt und der Bürgermeister diesen feststellt. Erst danach ist eine Diskussion zum Haushaltsplanentwurf in der STVV und den Gremien möglich.

Daraufhin beantragt Herr Rudolph Akteneinsicht in die aktuellen Unterlagen zum Stand der Haushaltsplanung 2018 und bittet um einen Termin.

Auf Grund des Zeitfensters, so Dr. Fehse, wird dieser Termin erst nach dem 14.12.17 möglich sein.

### **TOP 7.5 Bericht zur Haushaltsplanerfüllung**

Der Kämmerer teilt den Mitgliedern mit, dass die Verwaltung jeweils zum 30.6. und 31.12. des laufenden Haushaltsjahres zu berichten hat. Die Berichterstattung zum 30.6. wurde am 6.9.17 durch die Verwaltung gegeben. Die Berichterstattung zum 31.12.17 erfolgt in der Januarsitzung 2018.

Die BFZ-Fraktion rügt ausdrücklich, dass zu dem o.g. TOP wieder kein Bericht zur Haushaltsplanerfüllung gegeben werden kann. Sie möchte von der Verwaltung wissen, wie aktuell der Haushaltsstand ist, damit auch andere Fraktionen die Möglichkeit erhalten, das eine oder andere Projekt in 2017 noch über die Bühne zu bringen; dazu benötigen die Fraktionen aber entsprechende Informationen von der Verwaltung. Deshalb hinterfragt er beim Kämmerer, wie er sich die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Stadtverordnetenversammlung vorstellt und wie das Informationsleck geschlossen werden soll.

Der Kämmerer erwidert, dass die Tagesordnung im Benehmen mit dem Hauptverwaltungsbeamten zu erstellen ist und ein einseitiges Recht der Abgeordneten nicht darstellt. Die Verwaltung hat nicht die Zeit in Größenordnung zusätzliche Aufträge zu erfüllen. Dann muss darüber nachgedacht werden, das Personalbudget zu erhöhen, was aber nicht empfehlenswert ist, da die Mittel dann an einer anderen Stelle wieder fehlen.

Abg. Fischer erwidert, dass die Stadtverordneten ein Teil der Verwaltung sind und Entscheidungen zu treffen haben und hofft, dass der nächste Kämmerer es versteht, modern zu führen, zu arbeiten und modern eine Verwaltung mit der Bürgerschaft und den Verantwortlichen zu führen und auf eine gemeinsame vertrauensvolle Zusammenarbeit hinarbeitet.

Abg. Rausch sagt, dass es der BFZ-Fraktion freisteht, mehr Personal zu fordern und im Rahmen der Haushaltsberatungen 2018 zu beantragen.

#### **TOP 7.6 Fortsetzung der Prüfung der Mittelverwendung der Kufa**

Frau Scharf informiert, dass der Bericht heute noch nicht vorgelegt werden kann und auch die Prüfung noch nicht abgeschlossen ist. Verständigt wird sich darauf, den Bericht nach Fertigstellung frühestens in der Sitzung am 10.1.2018 vorzulegen.

#### **TOP 7.7 Abrechnung Parkfest**

Dr. Fehse teilt mit, dass eine weitere Fristverlängerung für die Abrechnung des Parkfestes bis zum 21.11.2017 beantragt und auch gewährt wurde. Die Unterlagen liegen der Verwaltung jetzt vor und werden derzeit vom Fachamt geprüft. Nach Abschluss der Prüfungen wird diese Thematik in einer der nächsten Sitzungen des HÜA auf die Tagesordnung gesetzt.

#### **TOP 8 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses**

Herr Thomas Apitz bittet den Vorsitzenden eindringlich darum, dass er in den E-Mail-Verteiler des HÜA aufgenommen wird.

Die Verwaltung sagt zu, dies zu prüfen und den Verteiler (Aufnahme aller sachkundigen Einwohner) entsprechend anzupassen.

Abg. Rudolph hinterfragt zu den DS 6/580 und 6/582 warum diese erneut nicht auf der Tagesordnung stehen und wann mit einer Umsetzung, so wie am 11.10.17 vereinbart, zu rechnen ist.

Abg. Rausch teilt daraufhin mit, dass die Drucksachen bereits in der STVV beschlossen wurden und sieht daher keinen Diskussionsbedarf mehr.

Des Weiteren bezieht er sich auf seine E-Mail vom 24.10.17. In dieser ging es um ein Schreiben der Kommunalaufsicht vom 6.7.17 an die Stadt und das Antwortschreiben der Stadt vom 20.10.17. Zu diesem Sachverhalt bat er darum, einen TOP in die heutige Sitzung mit aufzunehmen, um die Darstellung der Kommunalaufsicht und die Antwort der Stadt zu diskutieren. Die BZF-Fraktion ist der Ansicht, dass das Schreiben der Kommunalaufsicht vom 6.7.17, in dem auf die seit Jahren prekäre Liquiditätslage der Stadt hingewiesen wird, allen Mitgliedern interessieren sollte.

Abg. Peter Apitz merkt an, dass bei den Haushaltsabschlüssen in den Sachberichten von Frau Scharf nachzulesen ist, dass die Stadt seit Jahren Liquiditätsengpässe hat (zu geringe Menge an freien Zahlungsmitteln etc.) und erachtet es für sinnvoll, dass der Ausschuss sich grundsätzlich mal mit dieser Thematik befassen sollte, wie dem entgegengesteuert werden kann.

Herr Thomas Apitz versteht die geführten Diskussionen nicht und sagt, dass im Ausschuss seit Jahren darüber diskutiert wird und es bekannt ist, dass die Finanzmittel der Stadt permanent abnehmen.

Abg. Peter Apitz verweist erneut auf die Einführung von Kennziffern, worauf Dr. Fehse antwortet, dass es produktspezifische Ziele und Kennzahlen im Haushalt gibt, die sicher verbessert werden können und auch werden.

Die grundlegende Diskussion muss dahin gehen, so Abg. Fischer, im Ausschuss darüber zu diskutieren, wie und für welchen Zweck die Mittel ausgegeben werden und stehen diese Mittel überhaupt

zur Verfügung, um eine vernünftige Konsolidierung hin zu bekommen. Noch besteht die Möglichkeit reguliert und in Eigenverantwortung Dinge umzusetzen, damit dies kontrolliert passieren kann.

Abg. Rudolph möchte von der Verwaltung wissen, seit wann der Kreis meint, dass die Stadt eine prekäre Haushaltssituation hätte.

Die Beantwortung der Frage reicht die Verwaltung nach.

Zu den Eckdaten des Investitionskredites für den zweiten Gebäudeabschnitt des Bonava Verwaltungsgebäudes hinterfragt Abg. Rudolph bei der Verwaltung, wann das Objekt abgeschlossen worden ist. Ein Teil wurde am 15.8.17 abgenommen und ein weiterer Teil am 6.11.17 übergeben.

Dr. Fehse erwidert darauf, dass der genehmigte Kredit ein Höchstbetrag ist. Fallen die tatsächlichen Baukosten geringer aus, kann auch nur bis zu dieser Höhe der Kredit aufgenommen werden. Da die tatsächliche Bausumme fast immer erst nach Fertigstellung ermittelt werden kann, ergibt sich dieser Zeitpunkt.

#### **TOP 9 Informationen der Verwaltung**

Dr. Fehse informiert, dass der Landkreis Oder-Spree offeriert hat, mit welcher Kreisumlage er in die Diskussion mit den Kreistagsabgeordneten gehen will. Diese wird, wie auch im Jahr 2017, 40,3% betragen.

#### **TOP 10 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung**

Der Vorsitzende beendet die öffentliche Sitzung und bittet die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Die Niederschrift umfasst 8 Seiten.

Sebastian Rausch  
Vorsitzender

Anke Marggraf, Jens Mörsel  
Protokollanten